

Einschätzung

der Lage in den Bezirken am 14. 12. 1989

Durch die Beauftragten des Vorsitzenden des Ministerrates wurden weiterhin alle Anstrengungen unternommen, um die in der insgesamt angespannten Lage aufgetretenen Probleme in Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen und den Bürgerkomitees zu lösen.

Das Zusammenwirken mit den Bürgervertretern konnte weiter ausgebaut werden. Gleichzeitig erfolgte eine verstärkte Popularisierung der gemeinsam gelösten Aufgaben über die Medien.

So nahmen in **Cottbus** Pressevertreter von ADN und der "Lausitzer Rundschau" an der Beratung des Arbeitsgremiums teil.

In **Leipzig** ist für den 15. 12. 1989, 09.00 Uhr eine Pressekonferenz mit den Vertretern örtlicher Organe, dem Bürgerkomitee und dem Bezirksamt für Nationale Sicherheit zum erreichten Arbeitsstand vorgeesehen.

Auf einer Pressekonferenz in **Schwerin** wurde hervorgehoben, daß es im Bezirk in enger Zusammenarbeit von Volkspolizei, Staatsanwaltschaft, Bürgerinitiativen und Regierungsbeauftragten gelungen ist, die mit der Auflösung der Kreisämter verbundenen Probleme weitestgehend zu bewältigen. Die Vertreter der Bürgerinitiativen haben sich dafür bedankt.

Im Bezirk **Halle** wurde in den Zeitungen "Neuer Weg" und "Freiheit" über die Auflösung der Ämter für Nationale Sicherheit in den Kreisen berichtet. Wörtlich:

"Der Regierungsbeauftragte im Bezirk Halle hat sich vor Ort überzeugt, daß die Dokumente durch den Staatsanwalt unter Verschuß gebracht und durch die Deutsche Volkspolizei in einem gesonderten Gebäude gesichert wurden."

Gegenüber der Presse hat sich der Regierungsbeauftragte zum "Runden Tisch" geäußert. Er begrüßte die vereinbarte Sicherheitspartnerschaft zur Lösung und Organisierung des kommunal-politischen Alltagslebens als einen richtigen Weg.

Die zunehmende Bedeutung der Arbeit mit den Medien findet in diesem Zusammenhang auch seinen Ausdruck in einem Vorschlag der "Initiativgruppe 04.11." der Theater- und Kulturschaffenden.

Diese fordern die Einrichtung einer Fernsehsendung, in der sich alle Parteien und basisdemokratischen Gruppen vorstellen können, die sich 1990 zur Wahl der Volkskammer stellen wollen.

Dieser Vorschlag wurde dem Intendanten des Fernsehens der DDR zur Prüfung übergeben.

Den örtlichen Räten wurden bisher 56 % der Objekte der ehemaligen Kreisämter für Nationale Sicherheit übergeben. Entscheidungen zur weiteren Nutzung wurden bis jetzt nicht bekannt.

Im Bezirk **Dresden** wurden bisher noch keine Objekte der Kreisämter an Territorialorgane übergeben.

Vom **Magistrat von Berlin**, Hauptstadt der DDR, wird am 15.12.1989 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die Vorschläge für die Verwendung freierwerdender Gebäude des Amtes für Nationale Sicherheit ausarbeitet.

Das Gebäude des Kreisamtes Weißensee wurde durch Beschluß des Stadtbezirktes bereits dem Institut für Arzneimittel zugesprochen.

Über die spätere Verwendung des Objektes des Bezirksamtes werden vom Magistrat Untersuchungen eingeleitet. Für größere Objekte sollten die Entscheidungen mit den Ministern abgestimmt werden, da es bereits Anträge für die Nutzung von konkreten Objekten gibt. Das betrifft zum Beispiel einen Antrag der Konsumgenossenschaft Berlin zur Übernahme des Objektes Liebermannstraße 47 (Weißensee).

Zur Lösung der mit der Übernahme neuer Tätigkeiten von ausscheidenden Mitarbeitern des Amtes für Nationale Sicherheit zusammenhängenden Problemen wurden aus dem Bezirk **Schwerin** und aus **Berlin** Aktivitäten gemeldet.

In Berlin hat der Magistrat beschlossen, daß Kombinatdirektoren und Betriebsleiter seines Verantwortungsbereiches, die die Einstellung von ehemaligen Mitarbeitern der Sicherheitsorgane und von Mitgliedern der SED ablehnen, zur Rechenschaft gezogen werden.

In Beratungen mit Vertretern des Neuen Forums und anderen Bürgergruppen, die aktiv an der Auflösung von Dienststellen des Amtes für Nationale Sicherheit mitgewirkt haben, werden Befürchtungen vor neonazistischen Übergriffen und anderen Gewalttaten geäußert. Gleichzeitig wird ein sicherer Schutz davor durch den Staat erwartet.

Über die Aufnahme der Tätigkeit der Operativstäbe liegen Informationen der Bezirke **Gera, Erfurt, Berlin und Karl-Marx-Stadt** vor.

In allen Kreisen und Städten der Bezirke **Gera und Karl-Marx-Stadt** wird auf der Grundlage der Weisung vom 13.12.1989 die Führungsfähigkeit der örtlichen Volksvertretungen bestätigt.

Zur Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Grundbedarfs werden keine Probleme gemeldet.

Die Belieferung der Bevölkerung mit Briketts ist aufgrund ausfallenden Transportraumes im Bezirk **Potsdam** gefährdet. Genosse Singhuber ist darüber informiert.

In einzelnen Kreisen des Bezirkes **Karl-Marx-Stadt** werden feste Brennstoffe diskontinuierlich geliefert.

Der Magistrat von Berlin meldet Produktionseinschränkungen beim Milchhof Berlin, die die Bereitstellung von H-Milch aus Beständen notwendig macht. Die erforderlichen Ersatzteile für die Produktionsanlage werden beschafft.

In Betrieben des VEB Wohnungswirtschaft Neubrandenburg fehlen geeignete Fahrzeuge zur Aufrechterhaltung des Reparaturschnell- und Havariedienstes. Es wird um sofortige Bereitstellung von 7 B 1000 oder Multicar oder 7 Pkw-Kombi für 5 Kreise gebeten.

Ausgehend von den Gesprächen am "Runden Tisch" wird in Berlin von der Leitung der Bürgerbewegung verlangt, Belehrungen der Kommissionen und Arbeitsgruppen zur Erhöhung der Rechtssicherheit vorzunehmen. In Wismar billigte der "Runde Tisch" das Rücktrittsgesuch des Rates der Stadt nicht.

Folgende außergewöhnliche Ereignisse wurden gemeldet:

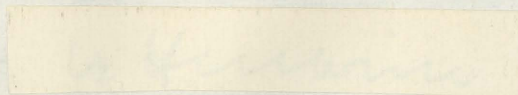
1. Kraftfahrer des VEB Kraftverkehr drohen mit einer Blockade der Autobahn zwischen Zwickau und Plauen, um gegen die durch den grenzüberschreitenden Verkehr auftretenden Behinderungen ihrer Arbeit zu protestieren. Der Direktor des VEB Kraftverkehr versucht die Blockade zu verhindern, die VP ist informiert.
2. Die Werktätigen des VEB Gaskombinat Schwarze Pumpe, der BKW Welzow und Knappenrode drohen mit Streik, um auf die katastrophalen Verhältnisse im Berufsverkehr hinzuweisen. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes **Cottbus** hat seinen Stellvertreter für Verkehrs- und Nachrichtenwesen mit der Einleitung notwendiger Maßnahmen beauftragt.
3. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes **Suhl** informierte über eine geplante Besetzung des Hauptgebäudes des Rates des Kreises Schmalkalden.

Der Bürgermeisterin der Gemeinde Masserberg wurden wiederholt telefonische Morddrohungen übermittelt.

Über beide Vorkommnisse wurde die BdVP informiert.

4. Der Vorsitzende des Rates des Bezirkes **Gera** informierte über die Forderungen von Bürgern in Lobenstein nach Aufklärung der im Jahre 1961 durchgeführten Aussiedlungsaktionen im Grenzgebiet und nach Rehabilitierung der Betroffenen.

Eine zentrale Antwort wird für notwendig gehalten.



5. Der Rat des Bezirkes **Neubrandenburg** informierte über Probleme bei der Bereitstellung von Wohnraum für amnestierte Bürger und über die Ablehnung von Betrieben, diese Bürger in ihre Arbeitskollektive aufzunehmen.
- Es wird die etappenweise Entlassung aus den Strafvollzugsanstalten in Abstimmung mit den MfIA vorgeschlagen.
6. In der GHG Waren täglicher Bedarf Apolda drohen die Werktätigen mit Streik, falls die Technik für die Warenums Schlagprozesse nicht erneuert wird.
7. Nach einer Information der BdVP Erfurt reist die Präsidentin des Bundestages der BRD, Rita Süßmuth (CDU), am 17.12.1989 in die DDR ein. Für ihren Besuch ist folgender Ablauf vorgesehen:
- | | |
|-----------|--|
| 09.30 Uhr | Einreise über die GÜST Worbis/Erfurt mit 10 Pkw
(Begleitung durch Korrespondenten des hessischen Rundfunks) |
| 10.30 Uhr | Teilnahme an der Messe in der Ballstedter Kirche zu Heiligenstadt/Erfurt |
| 11.30 Uhr | Übergabe einer Zahnklinik in Heiligenstadt |
| 12.00 Uhr | |
| bis | |
| 14.00 Uhr | Einnahme des Mittagessen |
| 15.00 Uhr | Rückreise in die BRD |

Dr. G. G. G. G.